



Pressekonferenz

im Anschluss an den Bundesvorstand des Österreichischen Seniorenbundes

mit

LAbg. Ingrid Korosec, Präsidentin des Österreichischen Seniorenbundes
LH a.D. Dr. Josef Pühringer, Landesobmann des OÖ Seniorenbundes
BR Präs. Mag. Franz Ebner, Landesgeschäftsführer des OÖ Seniorenbundes

Datum: 13. September 2024

Uhrzeit: 12:00 Uhr

Ort: OÖ Presseclub, Linz, Landstraße 31

**SeniorenZukunft -
mit zukunftsorientierter Politik
die Herausforderungen von morgen bewältigen**

**10 Themen-Forderungskatalog des Österreichischen Seniorenbundes
an die nächste Regierung**

SeniorenZukunft – mit zukunftsorientierter Politik die Herausforderungen von morgen bewältigen

Österreich steht vor einem demografischen Wandel, der nicht nur die Struktur unserer Gesellschaft verändert, sondern auch einen Paradigmenwechsel in der Politik erfordert. Der Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre wird in den kommenden Jahrzehnten auf fast ein Drittel der Bevölkerung heranwachsen, was neue Herausforderungen in allen Bereichen unserer Gesellschaft mit sich bringt.

Dieser Wandel zwingt uns, Altersfragen nicht länger als „Klientelpolitik“ zu behandeln, sondern als zentrales Element unserer Gesellschaftspolitik. In diesem Kontext fordert der Österreichische Seniorenbund (ÖSB) von der nächsten Regierung, die spezifischen Bedürfnisse der älteren Bevölkerung in den Mittelpunkt zu stellen und entsprechende Maßnahmen umzusetzen.

10 Themen-Forderungskatalog des Österreichischen Seniorenbundes an die nächste Regierung

1. Demografischer Wandel – Ministerium für Altersfragen

Österreich steht vor einer bedeutenden demografischen Herausforderung, da der Anteil der Bevölkerung über 60 Jahre bis 2040 auf 32,5 % ansteigen wird. Mit dem Wachstum steigt auch die wirtschaftliche Bedeutung der Senioren weiter, die bereits heute mit rund 25% des Privatkonsums ein wichtiger Wirtschaftsfaktor für die heimische Wirtschaft sind. Ein eigenes Ministerium für Altersfragen soll sich gezielt auf die Bedürfnisse dieser wachsenden Bevölkerungsgruppe konzentrieren und ressortübergreifend alle altersrelevanten Themen bündeln. In Anlehnung an die Deutsche Demografiestrategie sollten institutionelle Strategien entwickelt werden, um Österreich bestmöglich durch diese Transformation zu führen. Dabei müssen u.a. altersgerechte Infrastrukturen, wie eine flächendeckende Versorgung mit Bankomaten, Apotheken und innovativen Verkehrslösungen, ebenso Priorität haben wie die Ortskernwiederbelebung im ländlichen Raum.

2. Digitalisierung ohne Diskriminierung

Die Digitalisierung darf niemanden diskriminieren in dem sie Bevölkerungsgruppen ausschließt.

Die nächste Bundesregierung muss sicherstellen, dass analoge Alternativen immer erhalten bleiben, damit niemand zurückgelassen wird. Etwa 30% sind noch nicht digital fit und 15-20 % der Bevölkerung haben keinen Zugang zu digitalen Angeboten, was inakzeptabel ist.

Es müssen rechtliche Rahmenbedingungen geschaffen werden, die sicherstellen, dass die Digitalisierung inklusiv gestaltet wird, einschließlich der Möglichkeit, digitale Anträge auf Wunsch in analoger Form zu stellen. Der Zugang zu Hardware, Software und technischer Unterstützung muss für alle Bürger gewährleistet werden – sei es durch gratis verwendbare „Digi-Points“ in öffentlichen Ämtern oder durch finanzielle Unterstützungen.

Nach einem „Runden Tisch“ mit Experten im Frühsommer werden in den nächsten Monaten Notwendigkeiten und Möglichkeiten analysiert und evaluiert. Die Ergebnisse werden dann in einer „Digitalisierungsstrategie für Seniorinnen und Senioren“ zusammengefasst. Der ÖSB wird die nächste Regierung an dessen Umsetzung messen und diese nachhaltig einfordern.

Die Digitalisierung bietet aber auch viele Chancen gerade für die ältere Generation. Insbesondere bei eingeschränkter Mobilität können online Einkäufe, Reisebuchungen, Bankgeschäfte und Behördenwege Barrieren verringern. Auch im Bereich Pflege –und Betreuung ergeben sich durch den Einsatz von künstlicher Intelligenz neue Möglichkeiten zur weiteren Verbesserungen der Lebensqualität. Technologien wie Telemedizin, Telecare und Smart-Home-Anwendungen können hier einen wesentlichen Beitrag leisten. Deshalb ist es wichtig, dass die nächste Regierung niederschwellige Unterstützungsmaßnahmen setzt, die die digitalen Kompetenzen aller Bevölkerungsgruppen – insbesondere der Seniorinnen und Senioren – stärkt.

3. Langfristige Sicherung der Pensionen

Die langfristige Sicherung der Pensionen ist entscheidend, damit auch die heutige Jugend in Zukunft ein sicheres Leben in der Pension führen kann. Das Pensionspaket 2025, mit der neuerlichen Schutzklausel und der Fortsetzung der Aussetzung der Aliquotierung, sichert den Werterhalt der Pensionen und sieht eine Erhöhung der Pensionen um die volle Inflationsrate von 4,6% vor.

Für die nächste Legislaturperiode fordert der ÖSB die endgültige Abschaffung der Aliquotierung von Neupensionen, volle Inflationsanpassung und Berücksichtigung des Wohlstandsfaktors zusätzlich zur Inflation.

Der Wandel unserer Gesellschaft erfordert Mut und Vision, den Herausforderungen mit neuen zukunftsfiten Lösungen zu begegnen. Auch wenn unser Pensionssystem eines der besten der Welt ist und langfristig die Pensionen sichert, muss die Politik auf Entwicklungen und Änderungen rechtzeitig reagieren, damit unser Pensionssystem auch in Zukunft sicher bleibt.

Ausbau der 2. und 3. Säule der Altersvorsorge

Neben der staatlichen Pension müssen betriebliche und private Altersvorsorge weiter gestärkt werden. Nach dem Prinzip der Freiwilligkeit sollen die 2. und 3. Säule der Altersvorsorge ausgebaut werden.

Derzeit haben rund 150.000 Personen bereits eine Pensionskassen-Pension, rund 1 Million haben Anspruch darauf. Die Bezieher einer Pensionskassen-Pension haben zum Teil erhebliche Verluste erlitten, manche von 50% und mehr.

Die nächste Regierung soll ein Maßnahmenpaket zur Verbesserung des Pensionskassensystems schnüren, das zu einer Attraktivierung führt. Als Mindeststandard fordert der ÖSB eine Mindestertragsgarantie für Pensionskassen in Höhe der Inflationsrate ebenso wie die Möglichkeit einer optionalen Vorwegbesteuerung des Deckungskapitals, sowie Wechsel- oder Austrittsmöglichkeiten durch den Pensionskassenberechtigten.

Der Ausbau der prämienbegünstigten Zukunftsvorsorge und eine stärkere Teilhabe am Kapitalmarkt sind notwendig, um die Altersvorsorge zukunftssicher zu gestalten.

4. Freiwillig länger arbeiten

Die Abschaffung der Arbeitnehmer-Pensionsbeiträge für Erwerbstätige, die bereits eine Alterspension beziehen, war ein erster Schritt, um Arbeiten im Alter attraktiver zu machen. Der ÖSB tritt dafür ein, zukünftig das „brutto für netto“-Prinzip einzuführen, also die Streichung aller Abgaben auf den Zusatzverdienst von Pensionisten. Alternativ könnte auch die völlige Abschaffung der Pensionsbeiträge für erwerbstätige Alterspensionisten und die Einführung eines zusätzlichen Steuerabsetzbetrags in Betracht als Maßnahme umgesetzt werden. Darüber hinaus müssen altersgerechte Beschäftigungsangebote ausgebaut und der Korridor für den Pensionsantritt von derzeit 62 bis 68 Jahre auf 62 bis 69 Jahre erweitert werden.

Grundsätzlich setzt sich der Seniorenbund für eine Senkung des Eingangssteuersatzes von 20% auf 15% ein. Auch die Wiedereinführung der Geltungmachung von Versicherungsleistungen als Sonderausgaben, wie z.B. für Höherversicherung in der gesetzlichen Pensionsversicherung, Krankenversicherung, Unfallversicherung etc. könnten zu einer treffsicheren, sinnvollen und finanziellen Entlastung sorgen

5. Altersdiskriminierung

Altersdiskriminierung muss konsequent bekämpft werden.

Um jede Form von Altersdiskriminierung nachhaltig zu verhindern – auch digitale Diskriminierung, wird nach einem „Runden Tisch“ mit Experten im Frühsommer in den nächsten Monaten geprüft, welche rechtlichen Möglichkeiten bestehen.

Altersgrenzen, etwa für den Führerschein, in Bank- oder Versicherungsangelegenheiten, oder beim Zugang zu Mietwagen und Heilbehelfen, müssen aufgehoben werden.

Der Österreichische Seniorenbund fordert zudem die Aufhebung der Altersgrenze von 70 Jahren für Kassenärzte.

6. Pflege und Betreuung

Die Pflege- und Betreuungsreform muss fortgesetzt werden, um den steigenden Bedarf in einer alternden Gesellschaft zu decken. Notwendig sind ein Personalpaket zur Deckung des Bedarfs sowie der Ausbau der 24-Stunden-Betreuung und der Angehörigenpflege. Die Förderung der 24-Stunden-Betreuung und die Unterstützung pflegender Angehöriger müssen erhöht werden, da sie eine wichtige Rolle in der häuslichen Pflege spielen. 80% der Menschen wollen und werden weiterhin zu Hause gepflegt und betreut. Dazu fordert der ÖSB einen Ausbau des „Pflege daheim“ – Bonus und die Pflege daheim ebenso wie den Ausbau von neuen Wohnmodellen wie z.B. generationenübergreifende Wohnprojekte für pflege- und betreuungsbedürftige Personen.

Angehörigenbonus deutlich ausweiten:

Gefordert wird eine Ausweitung auf Pflegestufe 3 (bisher 4), eine deutliche Anhebung der Netto-Einkommensgrenze von derzeit 1.500 Euro sowie eine generelle Erhöhung der Förderung (dzt. 125 Euro pro Monat bzw. 1.500 Euro im Jahr)

Bessere Förderung der 24-Stunden-Betreuung

Die Einkommensgrenze von 2.500 Euro wurde seit der Einführung im Jahre 2007 nicht mehr angehoben, der Wertverlust liegt bei rund 58%. Daher muss die Einkommensgrenze deutlich angehoben und in weiterer Folge jährlich mit dem VPI valorisiert werden.

Die Förderung von derzeit 800 Euro (für zwei selbstständige Betreuungskräfte) muss weiter auf 1.500 Euro angehoben werden und ebenfalls jährlich mit dem VPI erhöht werden.

7. Gesundheit

Ein uneingeschränkter, flächendeckender und barrierefreier Zugang zur medizinischen Versorgung ohne Alterslimits ist sicher zu stellen, eine Zwei- oder Mehrklassenmedizin ist zu verhindern.

Attraktivierung des niedergelassenen Bereichs bzw. von Kassenstellen

Zahlreiche Kassenstellen sind von der aktuellen, aber auch der Pensionierungswelle in den nächsten 10 Jahren (rund 50 % der niedergelassenen Ärzte) betroffen. Allein in Oberösterreich sind aktuell rund 46 Kassenstellen nicht besetzt, wobei Seniorinnen und Senioren von der Ausdünnung der ärztlichen Versorgung besonders betroffen sind. Die Bemühungen seitens der Regierung sind zu begrüßen, aber hier muss mit Hochdruck an Lösungen weitergearbeitet werden.

Der Österreichische Seniorenbund schlägt hier folgende Sofortmaßnahmen vor:

- Abschaffung der Altersgrenze von 70 Jahren für Ärzte, die weiterarbeiten möchten
- Erhöhung der Zahl der Medizinstudenten um zumindest 20 % und Attraktivierung des Verbleibs in Oberösterreich/Österreich sowie der Übernahme einer Kassenstelle

Gesundheitspass und Anreize zur Vorsorge

Gesundheit ist der zentrale Faktor, um bis ins hohe Alter ein selbstbestimmtes Leben führen zu können. Österreich hinkt bei den gesunden Lebensjahren aber hinterher. Investitionen in die Prävention sind vergleichsweise günstig und sparen langfristig Geld, weil die Menschen weniger krank und später pflegebedürftig werden. Deshalb fordert der OÖ Seniorenbund schon seit Längerem die Einführung eines lebenslangen Gesundheitspasses mit allen wichtigen Vorsorgeuntersuchungen, Impfungen, etc.

Wer regelmäßig Vorsorgeuntersuchungen macht und auf einen gesunden Lebensstil achtet, soll belohnt werden. Das könnte in Form von Wertgutscheinen oder auch in Form von Boni seitens der Sozialversicherung (Beispiel SVS) sein.

Kostenlose Gürtelrose-Impfung ab 50

Die hochwirksame Impfung gegen Herpes Zoster (Gürtelrose), die laut Impfplan Österreich ab einem Alter von 50 Jahren empfohlen wird kostet rund 500 Euro (2 Dosen). Gesundheit darf aber keine Frage der Leistbarkeit sein, weshalb der Österreichische Seniorenbund fordert, dass die Gürtelrose-Impfung eine Kassenleistung wird.

Der ÖSB fordert auch eine Medikamentenkosten-Obergrenze anstelle der bisherigen Rezeptgebühren-Obergrenze.

Weitere Maßnahmen zur Harmonisierung von Leistungen und eine verstärkte Patientenlenkung zur Entlastung der Spitäler sind zentrale Forderungen des ÖSB.

8. Einsamkeit im Alter bekämpfen

Einsamkeit im Alter ist nicht nur für die Betroffenen belastend, sondern verursacht auch höhere Gesundheitskosten. Maßnahmen zur Bekämpfung von Einsamkeit umfassen die Vorbereitung auf den Ruhestand, Infokampagnen, die Förderung des Ehrenamts und die Schaffung lebendiger Ortskerne. Zusätzlich sollen Mobilitätskonzepte, digitale und gesundheitliche Kompetenzen sowie alternative Wohnformen und erweiterte Hilfsdienste gefördert werden.

Hier kommt dem Österreichischen Seniorenbund mit seinen vielen regionalen Gruppen und Aktivitäten im Bereich Sport, Kultur, Reisen und Bildung eine besonders wichtige Rolle.

9. Sicherheit im Netz und im Alltag => Fokus auf Trickbetrüger und Cyberkriminalität

Egal, ob zu Hause, unterwegs oder im Internet – Sicherheit ist ein wesentliches Kriterium für unser Wohlbefinden und ein positives Sicherheitsgefühl leistet einen wesentlichen Beitrag zu unserer Lebensqualität. Das gilt für die Gesamtbevölkerung, aber in besonderem Maße für die Seniorinnen und Senioren. Aus diesem Grund hat der OÖ Seniorenbund das Thema Sicherheit zu seinem Jahresschwerpunkt gemacht, und zwar in unterschiedlichen Facetten. So ist damit sowohl Sicherheit im Sinne von Schutz vor Kriminalität, als auch Sicherheit im Straßenverkehr und Sicherheit vor Unfällen in der Wohnumgebung gemeint, allesamt Bereiche, die für die Seniorinnen und Senioren besonders relevant sind.

Zwar leben Seniorinnen und Senioren in Oberösterreich – objektiv betrachtet – sicher, dennoch gibt es gewisse Bereiche, in denen gerade ältere Menschen im Visier von Kriminellen sind. Beispiele sind hier Trickbetrügereien, wie der Enkel- oder Neffentrick oder falsche Polizisten. Es vergeht kaum eine Woche ohne Meldung, dass ältere Menschen auf Trickbetrüger hereingefallen sind und viel Geld und andere Wertsachen verloren haben. Ebenso haben Kriminelle mit Phishing-Versuchen und Internetbetrügereien immer wieder Erfolg und ergaunern oft zehntausende Euro. Deshalb liegt ein besonderer Fokus auf der Sicherheit im Netz und dem Schutz vor Trickbetrügern. Der OÖ Seniorenbund setzt sich deshalb besonders für folgende Punkte ein: Erhöhung der Ressourcen im Kampf gegen Cyberkriminalität; Bewusstseinskampagnen speziell für ältere Menschen; Begleitung der älteren Menschen auf dem Weg in die Digitalisierung.

10. Klimaschutz

Die Generation 60+ zählt aufgrund ihres Alters zur Hochrisikogruppe des Klimawandels. Besonders Hitze gefährdet sie stark, da jährlich viele ältere Menschen an deren Folgen sterben. Aus diesem Grund sind gezielte Maßnahmen nötig, um ältere Menschen besser vor Hitze zu schützen. Folgende Punkte sind dabei besonders wichtig: niederschwellige Informationskampagnen vor dem Auftreten von Hitzewellen; Hitzetelefon, Trinkwasserspender und Ruheplätze im öffentlichen Raum, Einbindung von Betreuungseinrichtungen als Anlaufstelle für Senioren, die zu Hause leben.

Trotz ihrer Gefährdung leisten Senioren aktiv einen Beitrag zum Klimaschutz. Laut einer IMAS-Umfrage sehen etwa 60% der Senior im Klimawandel eine große Bedrohung. Sie erkennen an, dass frühere Generationen durch Ressourcenverschwendung zur heutigen Lage beigetragen haben. Viele setzen sich heute aktiv für den Umweltschutz ein, indem sie Abfall vermeiden, Strom und Wasser sparen.